

Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse =
Gazetta militare svizzera

Band: 59=79 (1913)

Heft: 19

Artikel: Das albanische Problem

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-30446>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Allgemeine Schweizerische Militärzeitung.

Organ der schweizerischen Armee.

Mit den Beilagen: **Literaturblatt** (monatlich) und **Mitteilungen über die Eidg. Militärbibliothek** (vierteljährlich).

LIX. Jahrgang. Der Schweizerischen Militärzeitschrift LXXIX. Jahrgang.

Nr. 19

Basel, 10. Mai

1913

Erscheint wöchentlich. — Preis halbjährlich für die Schweiz Fr. 5.—, fürs Ausland Fr. 6.50. — Bestellungen direkt an **Benno Schwabe & Co., Verlagsbuchhandlung in Basel**. Im Auslande nehmen alle Postbureau und Buchhandlungen Bestellungen an. — Inserate 35 Cts. die einspaltige Petitzeile.

Redaktion: Oberst **U. Wille**, Meilen.

Inhalt: Das albanische Problem. — Skutari. (Schluß.) — Kriegslehren. (Fortsetzung.) — Ausland: Deutschland: Reserve-Infanterie-Brigade. — Italien: Deputierten-Kammer. Ein Generalstabswerk über den italienisch-türkischen Krieg. — Vierter baslerischer Geländeritt.

Dieser Nummer liegt bei:

**Literaturblatt der Allgemeinen Schweizerischen
Militärzeitung 1913 Nr. 5.**

Das albanische Problem.

Wien, am 5. Mai.

Die Skutari-Frage ist auf dem Wege friedlich geordnet zu werden. Am 4. Mai sprachen die Gesandten der Tripleententemächte beim König Nikolaus vor, um ihm den dringenden Rat, Skutari sofort und bedingungslos zu räumen, und das Versprechen zu geben, daß sich die Tripleentente für eine entsprechende Entschädigung Montenegros mit allem Nachdrucke einsetzen würde. Auch der italienische Gesandte, Herr von Squitti, erschien bald danach beim König von Montenegro, um ihn namens des Königs von Italien und der italienischen Regierung zur Nachgiebigkeit zu bestimmen. König Nikolaus hat daraufhin einen außerordentlichen Ministerrat zusammenberufen, in dem zum erstenmale — unter dem Eindrucke der eben erfahrenen Demarchen — manche Stimmen sich für die Aufgabe Skutaris erhoben. Am 5. Mai erklärte dann König Nikolaus dem diplomatischen Korps, daß er noch am gleichen Tage Skutari bedingungslos räumen werde. Damit hat Montenegro die Gefahr eines bewaffneten Einschreitens der Donau-Monarchie abgewendet. Eines bewaffneten Einschreitens wegen der Skutari-Frage.

Das albanische Problem hat aber seine Lösung noch nicht gefunden. Um dieses Problem und die sich anbahnende Lösung richtig zu verstehen, ist es notwendig, um einige Jahre in der Geschichte zurückzublättern. Fürst Bismarck hat in einem Gespräche mit Lord Goschen schon vor Jahrzehnten erklärt, daß er kein Gegner eines selbständigen Albaniens wäre, weil eine solche Politik bei einem Zusammenbruche der Türkei sehr nützlich werden könnte. Ich habe mich, fügte er hinzu, vergeblich bemüht, Oesterreich zu bewegen, daß es die Albanesen, die eine Grundlage künftiger Vereinbarungen in der Orientkrise werden könnten, als Freunde gewinne. Damals riet auch Lord Goschen der englischen Regierung, daß sie die Bildung eines autonomen Albanien nicht erschweren solle. Oesterreich, meinte er, sei berufen,

dieses Land, das eine Schranke gegen jeden Einbruch von Norden sei, in Ordnung zu halten. Seither haben sich die Verhältnisse in bezug auf Albanien ganz gewaltig geändert. Die Pforte, in deren Interesse ein zufriedenes, kräftiges Albanien gelegen wäre, hat diesen Vorposten gegen die slavischen Balkanstaaten unbefriedigt gelassen, zermürt und entwaffnet. Auch darüber ist die türkische Herrschaft in Europa schließlich zusammengebrochen. Und es war der Zeitpunkt gekommen, den Bismarck vorausgesehen hatte: Albanien mußte ein selbständiger Staat werden. Oesterreich-Ungarn konnte und kann diesen Ereignissen nicht gleichgültig gegenüberstehen, denn es ist an ihrer Entwicklung in hervorragendem Maße interessiert. Dieses Interesse hat sogar mittlerweile eine vertragsmäßige Regelung mit einem anderen Interessenten erfahren. Es hat im Jahre 1897 mit Italien einen in den Jahren 1900 und 1901, zuletzt zwischen Goluchowsky und Visconti-Venosta erneuerten Vertrag über Albanien abgeschlossen, der im wesentlichen besagte: Beide Staaten einigen sich dahin, daß solange der Status quo besteht (das heißt Albanien sich unter türkischer Herrschaft befindet), in Albanien gemäß den Wünschen des albanischen Volkes die albanesische Sprache aufrecht erhalten bleibe. Für den Fall, daß der Status quo umgestoßen werde, sorgen beide Staaten dafür, daß Albanien autonom und unabhängig werde. Für den Fall, daß die Durchführung dieser Autonomie sich als unmöglich herausstellen sollte, werden sich beide Staaten über diejenigen Maßregeln einigen, die für diesen Fall in Betracht kommen.

Oesterreich-Ungarn hat kein Interesse an der Aenderung des Status quo gehabt. Es wußte oder konnte doch ahnen, daß Veränderungen der Karte der Balkanhalbinsel auch das Schicksal der Albanen in einer uns ungünstigen Weise beeinflussen müßte. Gegen eine Festsetzung slavischer Balkanstaaten (als Vorposten Rußlands) an der Adria schützte uns wohl immer die eigene Stärke und der Vertrag mit Italien. Die Autonomie Albaniens konnte aber für uns nie eine bessere Lösung des albanischen Problems als die durch die türkische Herrschaft bedeuten. Ein selbständiges Albanien wird immer das Ziel gewisser Begehrlichkeiten

und eine Quelle der Beunruhigung Europas sein. Als Graf Mensdorff-Pouilly im Namen des Wiener Kabinetts nach den Siegen der Balkanverbündeten auf der Londoner Botschafterreunion die Schaffung eines autonomen Albaniens anregte, haben sich unsere Diplomaten zweifellos gesagt, daß von nun an die Zukunft Albaniens eine unsichere sein würde. Es gab aber keine andere Möglichkeit, die unsere Interessen nicht verletzt hätte. Man mußte einfach hoffen, daß die Konstituierung des neuen Staates ohne allzuvieler Fährlichkeiten vor sich gehen werde. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt.

Montenegro hat den Einfall eines russischen Gesandten zu seinem eigenen gemacht und mit Essad Pascha, dem bis dahin bewunderten Verteidiger von Skutari, den Pakt geschlossen, der den türkischen General zum Herrn von Albanien dagegen machte, daß Montenegro die Drin-Grenze und Griechenland die von diesem Staate geforderte, von Italien bekämpfte Grenze auf Kosten Albaniens erhielt. Von dem Tage des Falles von Skutari an standen montenegrinische, serbische und griechische Truppen, sowie die Armeen Essad und Dschavid Paschas auf dem Boden, der dem zukünftigen Albanien eignet. Albanien, dem man nach jahrhundertelangen Kämpfen die Ruhe geben wollte, wurde damit ein Herd der schändlichsten und schädlichsten Intrigen, die natürlich in erster Linie Oesterreich-Ungarns und Italiens Interessen berührten. Diese beide Staaten sahen damit den Augenblick gegeben, der sie vertragsmäßig verpflichtet, sich über diejenigen Maßregeln zu einigen, die notwendig wären, wenn sich die Durchführung einer Autonomie für Albanien als unmöglich herausstellen würde.

Ohne Begeisterung, aber auch ohne Furcht sah man in Wien diesen Augenblick herankommen. Es ist seit einigen Tagen kein Geheimnis mehr, sondern in Wien und Rom von den maßgebenden Stellen zugegeben, daß die nun zu vereinbarenden Maßnahmen militärischer Natur wären, in einer temporären Besetzung Albaniens bestünden. Eine solche Aktion würde in Oesterreich-Ungarn gewiß nicht auf Ländergier oder Großmannssucht zurückzuführen sein, sie ist sogar in mancher Beziehung unerwünscht. Die bisherigen Verträge mit Italien über Albanien waren negativer Natur, weil man nicht wünschen kann, daß Italien sich auch auf dem östlichen Ufer des Adriatischen Meeres festsetze, anders aber eine Festsetzung Oesterreich-Ungarns in Albanien nicht denkbar wäre. Nach geographischen und geschichtlichen Gesichtspunkten erhielt Italien bei einer Teilung Albaniens immer den Süden und damit den Hafen von Valona, den einzigen militärisch wirklich wertvollen Platz an der Küste. Solange Italien einer uns freundlich gesinnten Mächtegruppe angehört, mag ein italienisches Valona für uns belanglos sein. Ist auch Italien, dank seiner afrikanischen Politik, jetzt fester denn je im Dreibund eingefügt, so darf der Politiker und schon gar der Militär nicht übersehen, daß er auch Zukunftsmöglichkeiten Rechnung trage, die eine wesentlich veränderte Mächtegruppierung zeigen. Valona in den Händen eines uns feindlichen oder auch nur unfreundlichen Italiens bedeutete für uns eine ernste Gefahr, denn Italien hätte damit auch den westlichen Schlüssel zur Adria. Weiters wird Oesterreich-

Ungarn durch jede Unternehmung in Albanien geschwächt, die ihm als mitteleuropäische Macht erwachsen könnten. Welcher Natur diese Aufgaben sind, haben die Krisen der letzten Zeit dargestellt, die Europa in zwei feindliche Lager gespalten zeigten. Eine militärische Festsetzung in Albanien wäre für Oesterreich-Ungarn umso ungünstiger, als Albanien mit Oesterreich-Ungarn keine gemeinsame Grenze, dagegen lauter der Donau-Monarchie feindliche Nachbarn hat. Ein drittes Moment, das keine Begeisterung aufkommen läßt, ist die Erinnerung an Schleswig-Holstein. Allerdings muß dem 1864 nicht wieder ein 1866 folgen, wenn die beiden interessierenden Mächte von Haus aus eine reinliche Scheidung ihrer Interessensphären vornehmen. Nach der Anführung aller dieser Gründe ließe sich der Schluß erwarten, daß Oesterreich-Ungarn, wenn es seine Interessen wahrnimmt, einen Einmarsch in Albanien nicht beschließen wird. Dieser Entschluß wäre aber ein wesentlich verfehlter. Die Monarchie kann nicht übersehen, daß es unter Umständen besser ist, in einem Teile Albaniens zu stehen, als zuzusehen, wie sich dort andere Einflüsse breit machen. Und es wäre erst recht ein Fehler, Italien in Südalbanien operieren, Nordalbanien aber die Beute slavischer Aspirationen werden zu lassen. Darum wird Oesterreich-Ungarn — wenn es not tut — ohne Begeisterung, aber dem Zwange der Notwendigkeit gehorchend, gleich Italien jene Maßnahmen durchführen, die geeignet sind, der zunehmenden Anarchie in Albanien zu steuern und die provisorische Regierung zu stützen.

Skutari.

(Schluß.)

Die Beschießung der eigentlichen Stadt durch die Montenegriner, welche am 28. Oktober nach der Eroberung der Höhe 661 auf dem Tarabosch begonnen worden war, konnte bei der großen Entfernung und der Tragweite der montenegrinischen Festungsgeschütze kaum einen durchgreifenden Erfolg haben. Zu berücksichtigen war dabei, daß der Südmee vier 12 cm Kanonen, sechs 21 cm und sechs 15 cm Mörser, der Mittelmee nur sechs 12 cm zur Verfügung standen. Bei letzterer konnte zu dieser Zeit von einer planmäßigen Beschießung überhaupt noch keine Rede sein. Die erwähnte Höhe blieb aber zunächst nur bis zum 4. November in montenegrinischem Besitz. Von der nächsten Geschützposition, den Höhen von Muritschan südlich des Tarabosch, betrug die Entfernung bis zum Bazar an der Bojanabrücke bei Skutari 8000, bis zum Zentrum der Stadt gar 10,000 m. Es ist daher eigentlich kaum zu glauben, daß die montenegrinischen Zufallstreffer einen ziemlichen Eindruck auf die Bevölkerung der Stadt gemacht haben. Am 5. November gelangte ein Schreiben der fremden Konsuln in Skutari an den Kronprinzen Danilo, in welchem aufs eindringlichste um Schonung der Gebäude der neutralen Fremden gebeten wurde. Am 8. wird berichtet, daß die Römisch-Katholiken sich mit ihrem Erzbischof, Monsignore Sereggi, in die Kathedrale geflüchtet hatten. Am 9. soll der fran-